Stellungnahme
zum Referentenentwurf einer Verordnung zur Änderung der
Verordnung über Anforderungen an eine nachhaltige Herstellung von
Biomasse zur Stromerzeugung (Biomassestrom-Nachhaltigkeits-
verordnung – BioSt-NachV) und der Verordnung über Anforderungen
an eine nachhaltige Herstellung von Biokraftstoffen (Biokraftstoff-
Nachhaltigkeitsverordnung – Biokraft-NachV)

Der Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe e.V. (MVaK) repräsentiert neunundzwanzig Unternehmen, die geeignete pflanzliche Abfall- und Reststoffe, überwiegend gebrauchte Speiseöle sowie Abfallfettsäuren, sammeln, aufbereiten, zu abfallbasiertem und fortschrittlichem Biodiesel verarbeiten oder mit den Ausgangsstoffen und Fertigprodukten handeln.

Wir bedanken uns für die Zusendung des Referentenentwurfs, Bearbeitungsstand 12.08.2025, und für die Möglichkeit zu einer Stellungnahme. Unsere Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die geplanten Änderungen einer Verordnung über Anforderungen an eine nachhaltige Herstellung von Biokraftstoffen (Biokraft-NachV).

Der Referentenentwurf sieht vor, zusätzliche Maßnahmen zur Betrugsprävention einzuführen, insbesondere um hiesige Produzenten erneuerbarer Energie vor Importen fragwürdiger „fortschrittlicher“ Biokraftstoffe zu schützen und um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Insbesondere die zusätzlichen Vorgaben und Anforderungen für Zertifizierungsstellen, die erweiterten Berichtspflichten sowie die zusätzlichen Kontroll- und Überwachungsbefugnisse der zuständigen Behörde begrüßen wir ausdrücklich.

Unsere Anmerkungen im Detail:

1. Abschaffung des Vertrauensschutzes bei gleichzeitiger Gewährleistung von Rechtssicherheit

(§ 17 Unwirksamkeit von Nachhaltigkeitsnachweisen)

Bereits im Referentenentwurf eines zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote sieht das BMUKN vor, mit der Gestattungspflicht von Vor-Ort-Kontrollen eine zentrale Maßnahme zur Betrugsprävention einzuführen. Zudem soll die Option zur doppelten Anrechnung fortschrittlicher Biokraftstoffe gemäß § 14 Absatz 4 38. BImSchV entfallen. Aus unserer Sicht ist gerade diese Option, bei gleichzeitigem Kontrollversagen, Hauptursache für die Importschwemme

fragwürdiger „fortschrittlicher“ Biokraftstoffe und damit für die seit 2023 bestehende und bis heute anhaltende prekäre Situation im deutschen Erneuerbaren-Markt. Der vorliegende Referentenentwurf sieht zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung und damit zur Betrugsprävention vor. So zum Beispiel in den §§ 32, 34, 36 und 38, aber auch hinsichtlich zusätzlicher Berichtspflichten in den §§ 10 und 12 sowie hinsichtlich der Anerkennung von Zertifizierungsstellen in § 26 und einer Registrierungspflicht ebendieser gemäß § 30b.

Zusätzlich ist die Änderung des § 17 vorgesehen. Die Abschaffung des Vertrauensschutzes, wie er bisher bestand, findet unsere Zustimmung. Wir erwarten aber, dass das BMUKN anstelle dessen die für alle Systemteilnehmer unabdingbare Rechtssicherheit schafft, da das bestehende System in Ermangelung ausreichender Vor-Ort-Kontrollen und dem Fehlen einer einheitlichen Datenbank für alle Systemteilnehmer keinen ausreichenden Schutz vor Betrug bietet.

In § 17 sollte deshalb ein Absatz 3 eingefügt werden, der festlegt, dass ein Nachhaltigkeitsnachweis unter bestimmten Voraussetzungen Rechtssicherheit erlangt. Eine solche Voraussetzung wäre, dass ein Systemteilnehmer eine zusätzliche, mindestens jährliche Vor-Ort-Kontrolle durch die zuständige Behörde und einen unabhängigen Auditor besteht, wie zum Beispiel in den Niederlanden üblich.

Darüber hinaus sollte in einem Absatz 3 festgelegt werden, einem Systemteilnehmer nur dann Zugang zu Nabisy gewähren, wenn dieser einer hauptzollamtlichen Überwachung für das Verbringen von verbrauchssteuerrelevanten Produkten in der EU unterliegt. Die Überwachung dieser Voraussetzung könnte durch eine Verknüpfung von Nabisy mit der SEED(System for Exchange of Excise Data)-Datenbank ermöglicht werden.

Abschließend eine Bitte: In der Begründung zur geplanten Reform des Vertrauensschutzes heißt es, dass ein Vertrauensschutz „*durch die allgemeinen Verwaltungsverfahrenrechtlichen Grundsätze hinreichend gewährleistet*“ sei. Diese Aussage können wir nicht nachvollziehen, da nach unserem Verständnis Verwaltungsrecht auf Nachhaltigkeitsnachweise keine Anwendung findet. Für ergänzende Erläuterungen hierzu wären wir dankbar.

Zum Inhalt des neugefassten Absatzes 2 schlagen wir vor, den Zeitraum von drei Jahren, nachdem Nachhaltigkeitsnachweise und Nachhaltigkeits-Teilnachweise unwirksam würden, eindeutiger zu definieren und gleichzeitig auszuschließen, dass durch Weitergabe deren „Verfallsdatum“ hinausgeschoben wird. Der neugefasste Absatz 2 könnte wie folgt gefasst werden: *„(2) Nachhaltigkeitsnachweise und Nachhaltigkeits-Teilnachweise werden unwirksam, sofern sie nicht innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erstellung, weitergegeben werden oder bei der Biokraftstoffquotenstelle eingereicht werden.“*

2. Massenbilanzierung und Unionsdatenbank

(§ 10 Ausstellung auf Grund von Massenbilanzsystemen und Dokumentationspflicht)

Absatz 2 eingefügte Nummer 6b:

Wir weisen darauf hin, dass es Produzenten nachhaltiger Biokraftstoffe gestattet ist, bis zu 30 Tage nach Quartalsende Nachhaltigkeitsnachweise das beendete Quartal betreffend auszustellen. Dies hat maßgeblichen Einfluss auf die jeweilige Massenbilanz. Im oben genannten Punkt 6 b) heißt es, Eintragungen seien „unverzüglich“ vorzunehmen. Die Formulierung „*unverzüglich*“ steht damit im Widerspruch zur 30-Tages-Frist und sollte deshalb in Einklang mit der üblichen Praxis gebracht werden.

Darüber hinaus stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es nicht ausreicht, Form und Art der Massenbilanzierung ausschließlich durch die Zertifizierungssysteme vorzugeben. Eine „Doppelregulierung“ könnte im Zweifelsfall dem eigentlichen Ziel einer besseren Kontrollierbarkeit zuwiderlaufen.

Eingefügter Absatz 5 Satz 1:

Absatz 5 gibt vor, dass die den letzten Schnittstellen vorgelagerten Schnittstellen und Lieferanten entlang der gesamten Herstellungs- und Lieferkette verpflichtet seien, in der gemäß Artikel 31a der Richtlinie (EU) 2018/2001 eingerichteten Unionsdatenbank folgende Daten zu Transaktionen „*unmittelbar*“ nach der jeweils getätigten Transaktion zu dokumentieren. Im letztbekanntesten Entwurf einer Delegated Regulation zur Unionsdatenbank ist jedoch eine Frist von fünfzehn Arbeitstagen für die Dateneingabe vorgesehen. Hier sollte die nationale Vorgabe mit der Vorgabe der Europäischen Kommission in Einklang gebracht werden. Denkbar wäre folgende Formulierung: „(5) *Die den letzten Schnittstellen vorgelagerten Schnittstellen und Lieferanten entlang der gesamten Herstellungs- und Lieferkette sind verpflichtet, in der gemäß Artikel 31a der Richtlinie (EU) 2018/2001 eingerichteten Unionsdatenbank folgende Daten zu Transaktionen unmittelbar im Einklang mit den Vorgaben der Europäischen Kommission nach der jeweils getätigten Transaktion zu dokumentieren.*“

An dieser Stelle erlauben wir uns, auch darauf hinzuweisen, dass im vorliegenden Referentenentwurf keine Angaben zum „Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft“ gemacht werden. Wir setzen voraus, dass ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Unionsdatenbank nicht die gleichen Daten sowohl in die Unionsdatenbank als auch in Nabisy einzugeben sind. In Falle einer parallelen Eingabe entstünde der Wirtschaft ein erheblicher Erfüllungsaufwand.

Eingefügter Absatz 8:

Weitergehende Anforderungen an die Dokumentationspflicht nach § 10 Absatz 5 sollten ausschließlich durch eine Änderung der Biokraft-NachV und damit auf dem Verordnungswege festgelegt werden.

3. Nachhaltigkeitsnachweise

(§ 12 Inhalt und Form der Nachhaltigkeitsnachweise)

Mit den vorgesehenen Änderungen an den Inhalt von Nachhaltigkeitsnachweisen verbindet sich die Frage, ob und wie lange Nachhaltigkeitsnachweise, die vor Inkrafttreten der novellierten Biokraft-NachV ausgestellt wurden, ihre Gültigkeit behalten. Wir verstehen, dass auch in Anbetracht dieser Fragestellung nach § 17 ein „Verfallsdatum“ für Nachhaltigkeitsnachweise und Nachhaltigkeits-Teilnachweise vorgesehen ist.

Absatz 1 neugefasste Nummer 6:

Wir erachten es als unnötig und in der Praxis schwierig darstellbar, im Nachhaltigkeitsnachweis neben der Art der Biomasse zusätzlich die Menge anzugeben. Hintergrund ist, dass Ausbeuten selbst bei gleichartigen Abfällen und Reststoffen aufgrund heterogener Qualitäten schwanken können.

Absatz 1 eingefügte Nummer 13:

Wir erachten es als ausreichend, „das Datum der ersten Inbetriebnahme der Anlage“ im Nabisy-Profil, beim Zertifizierungssystem oder bei der Zertifizierungsstelle zu hinterlegen, um die erforderliche Transparenz zu gewährleisten.

Bitte gestatten Sie uns abschließend die Bemerkung, dass eine vierzehntägige Frist zur Stellungnahme im Rahmen dieser Verbändeanhörung, zudem in der Sommer- und Ferienzeit, grundsätzlich zu kurz bemessen ist. Wir verstehen aber, dass aufgrund der Dringlichkeit, Maßnahmen zur Betrugsprävention einzuführen, diese Frist gewählt wurde.

Wir hoffen, das BMUKN wird nun dafür Sorge tragen, dass weitere Maßnahmen, die der Betrugsprävention dienen, schnellstmöglich in Kraft treten.

Berlin, 29.08.2025